

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/108

Bonn, den 10 Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Alle zufrieden ?</u>	58

Nach der NATO-Konferenz in Brüssel

1a	<u>Des Bundeskanzlers Zorn</u>	28
	Das Volk als Prügelknabe	

2 - 3	<u>Arm in Arm mit der NPD</u>	74
	Zusammenarbeit von CSU und FDP mit den Rechtsextremisten - kein Einzelfall mehr	

4	<u>Gleichwertig und kontrollierbar</u>	76
	Schwedische Vorstellungen über die Abrüstung im Atomzeitalter	

5 - 6	<u>Keine Politisierung der Geburtenkontrolle</u>	92
	UNO-Weltgesundheitsorganisation verzichtet auf "internationale Richtlinien"	
	Von Pierre Simonitsch, Genf	
	+ + +	

Alle zufrieden ?

Nach der NATO-Konferenz in Brüssel

sp - Noch während Bundesaußenminister Schröder in Brüssel auf der Tagung der 15 Außenminister des NATO-Rates Einspruch dagegen erhob, daß die NATO möglicherweise in unmittelbaren Kontaktgesprächen mit Vertretern des Warschauer Paktes Aufgaben zur Sicherung des Friedens übernehmen könne, erklärte Präsident Johnson in Washington das Gegenteil. Vor Diplomatenanwärtlern sagte der amerikanische Präsident, die Verbesserung der Beziehungen zwischen den atlantischen Verbündeten sowie die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sei das Hauptziel der USA bei der Reorganisation der NATO.

In Brüssel beglückwünschten sich alle Tagungsteilnehmer, sie hätten durch einen geschickten Kompromiß erreicht, daß der Partner Frankreich an der integrierten Verteidigung des Westens weiterhin teilnehmen wolle. Kaum war das entsprechende Kommuniqué über die Fernschreiber gelaufen, da erklärte der französische Außenminister über den Sender "Europa Nr. 1", die militärische Zusammenarbeit der französischen Streitkräfte mit den übrigen Bündnispartnern könne nur "im Kriegsfall" infrage kommen. Die in dem Abschlußkommuniqué von Brüssel erwähnte Möglichkeit der Zusammenarbeit "im Alarmfall" bedürfe - so Couve de Murville - einer besonderen Interpretation.

Um das Durcheinander noch zu vergrößern, meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, Frankreich hätte auf der Brüsseler NATO-Konferenz "einen Triumph erzielt". Und wie zur Bestätigung der Moskauer Auslegung des Brüsseler Kommuniqués weisen amtliche Kreise in Paris darauf hin, in Brüssel sei weder über den Status der eventuell in der Bundesrepublik verbleibenden französischen Truppen, noch über deren Zusammenarbeit mit den NATO-Stäben irgendetwas beschlossen worden.

Wenn das offizielle Bonn nach diesen Ergebnissen einer Reihe internationaler Konferenzen und Besprechungen noch hinzufügt, die Gespräche des amerikanischen Außenministers Dean Rusk mit Bundeskanzler Erhard am Fronleichnamstag seien sehr zufriedenstellend verlaufen, dann darf man wohl mit Fug und Recht fragen, w a s eigentlich jetzt zufriedenstellend ist und w e r von dem Ergebnis der Konferenz in Brüssel befriedigt sein kann.

Im Kern aller dieser Erklärungen und Widersprüche geht es doch um folgendes: Der Westen bemüht sich unter Führung der Vereinigten Staaten, die Verteidigungskraft des NATO-Bündnisses intakt zu halten, gleichzeitig aber Truppenreduzierungen und die Ausklammerung von verbündeten Armeen auf europäischem Boden so darzustellen, als habe sich und werde sich überhaupt nichts ändern. Parallel hierzu läuft das Bemühen des amerikanischen Präsidenten, das NATO-Bündnis als Ganzes ins Gespräch für Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über die Friedenssicherung in Europa zu bringen.

Diese Absicht des amerikanischen Präsidenten stößt auf Widerspruch des deutschen Außenministers und des französischen Staatspräsidenten. Schröders Motive für seine Haltung sind noch nicht ganz klar. Möglicherweise erblickt er im Gegensatz zu anderen Bündnispartnern der Bundesrepublik keine Veränderungen in politischen und militärischen

Gefüge des Ostblocks. Bei de Gaulle gibt es keine Geheimnisse. Er will sich in keiner Weise, weder militärisch noch politisch, die Handlungsfreiheit gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten aus der Hand nehmen lassen. Außerdem fürchtet er, Frankreich könne ungewollt in internationale Abenteuer verstrickt werden.

Angesichts dieser Situation müssen wir - so leid es uns schon ist - erneut darauf hinweisen, daß die derzeitige Regierung der Bundesrepublik unter Führung von Bundeskanzler Erhard auf alle diese Veränderungen der weltpolitischen Situation nicht vorbereitet ist. Sie hat in den letzten Monaten weder warnende Berichte ihrer Botschafter berücksichtigt, noch selbst irgendetwas getan, was dazu geeignet wäre, die Bundesrepublik nicht als den Störenfried bei weltweiten Überlegungen zur Sicherung des Friedens in Europa in Erscheinung treten zu lassen. Alles zusammengefaßt erweist sich, wie notwendig es ist, daß die seit langem vorgesehenen "Parteiengespräche" über die Entwicklung einer der Zeit angemessenen deutschen Außenpolitik endlich aus dem Stadium der Unverbindlichkeiten herauskommen.

Des Bundeskanzlers Zorn

Das Volk als Prügelknabe

sp - Bundeskanzler Professor Erhard ist auf unser Volk nicht gut zu sprechen. Vor der Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in München beklagte er sich bitter darüber, daß alle seine Appelle zum Maßhalten bisher nur auf Hohn und Spott gestoßen seien. Das Volk gefährde selbst den errungenen Wohlstand, aber es werde, so fügte der Professor für Wirtschaftswissenschaften drohend hinzu, zu fühlen bekommen, weil es nicht hören will.

Vom Bundeskanzler ist man in dieser Hinsicht schon allerlei gewohnt, doch in München übertraf er sich selbst. Was sollen und bezwecken seine dunklen Drohungen? Das Volk bekommt unter seiner "Führung" schon Schlimmes genug zu spüren: Ungerechtfertigte Mietpreiserhöhungen in vielen Weißen Kreisen, die erschreckenden Auswüchse einer ungehemmten Bodenspekulation und Preissteigerungen, die die höchsten seit dem Korca-Krieg sind. Das Ausbleiben der Finanzreform führt in den Gemeinden zum Stillstand lebenswichtiger Sozialinvestitionen. Das Fehlen einer Vorausschau auf dem Gebiet der Energiepolitik trifft die Kumpels an Rhein, Ruhr und im Saarland am härtesten. Ihnen droht - und nicht nur ihnen - ein sozialer Abstieg.

Bundeskanzler Erhard hat anscheinend recht eigenartige Auffassungen, wie eine Regierung geführt werden soll. Den Rat der Sachverständigen schlägt er in den Wind, er hält nichts davon und auch nichts von Orientierungshilfen. Noch wirkungsvoller und schneller, als es die Sachverständigenkommission in ihrem Gutachten empfahl, wäre er in der Lage, die Preissteigerungsrate zu drücken - unsere Verbraucher erleben das Gegenteil. Die schleichende Geldentwertung hemmt nun den Sparwillen; der von Erhard geführten Regierung gelang es nicht, das Gespenst der Inflation zu bannen. Er macht nun in seinem Zorn unser flüchtiges Volk zum Prügelknaben, eine etwas zu billige Methode, den Mangel an Entschlußkraft und Führungswillen zu verdecken.

Arm in Arm mit der NPD

Zusammenarbeit von CSU und FDP
mit den Rechtsextremisten - kein Einzelfall mehr

H.B.-er - Vor den bayerischen Kommunalwahlen im März hatte ein Wahlbündnis, das die CSU und die Freien Demokraten in der Stadt Kulmbach mit der rechtsextremen NPD eingegangen war, Aufsehen erregt. Denn es war von den lokalen Parteistrategen von CSU und FDP einzig und allein mit dem Ziel geschlossen, eine absolute Mehrheit der stärksten Partei, der Sozialdemokraten, zu verhindern. Den Landesleitungen der Christlichsozialen und der Freidemokraten war das Echo des Kulmbacher Bündnisses zweifelsohne peinlich. Die Quittung für das Zusammengehen von CSU und FDP erteilte dann die mündige Kulmbacher Wählerschaft, die die SPD mit der absoluten Mehrheit ins Rathaus schickte.

Peinlich waren die lokalen Wahlerfolge der Rechtsextremisten in Nürnberg, Fürth, Bayreuth und anderswo auch der CSU, aber auch der FDP. Die Freien Demokraten vor allem hatten erhebliche Stimmenanteile an die Leute von der extremen Rechten abgeben müssen. In den Äußerungen der Bonner Koalitionsparteien und der bayerischen Landesparteien kam dann eine gewisse Besorgnis über die lokalen Erfolge zum Ausdruck. Nicht zuletzt deshalb, weil das Ausland plötzlich eine neofaschistische Gefahr entdeckte und deshalb in vielfach übertriebener Weise Alarm schlug.

Besorgniserregender als die lokalen Stimmengewinne, denen übrigens im Vergleich zu den Bundestagswahlen auch Verluste gegenüberstanden, ist die Tatsache, daß das Wahlbündnis CSU/FDP/NPD von Kulmbach kein Ausrutscher, keine lokale Ausnahme geblieben ist. Der Pressedienst der bayerischen Sozialdemokraten hat dieser Tage nachgewiesen, daß auch nach der Kommunalwahl, die doch Warnzeichen genug abgegeben hatte, die NPD-Leute für CSU und FDP durchaus hof- und salonfähig sind, wenn sie gegen die Sozialdemokraten gebraucht werden können. In einigen Städten sind Christlichsoziale und Freidemokraten buchstäblich der Versuchung erlegen, mit Hilfe der NPD bisherige sozialdemokratische Bürgermeister abzuwählen!

Geschehen ist dies beispielsweise in Landshut, wo dann die CSU-Fraktion des Stadtrates der NPD als Dank und Anerkennung für ihre Mithilfe bei der Abwahl eines Sozialdemokraten einen der CSU zustehenden Ausschußsitz einem neugewählten NPD-Mann abgetreten hat. Auch in Fürth, wo die SPD zwar knapp die absolute Mehrheit verloren hatte, aber weitaus stärkste Ratsfraktion blieb, wurden die Rechtsextremisten von der FDP in ei-

no Interessenskoalition gegen die Sozialdemokraten mit einbezogen. Der Zweck, den tüchtigen anerkannten sozialdemokratischen Bürgermeister (Stellvertreter des FDP-Oberbürgermeisters) abzuwählen, heiligte die Mittel der Christlichsozialen.

Der Pressedienst der bayerischen Sozialdemokraten hat den Parteizentralen von CSU und FDP empfohlen, nachzulesen, was das Parteiorgan der NPD am 20. Mai über die Neuwahl eines Zweiten Bürgermeisters in Fürth geschrieben hat. Die NPD nimmt nicht nur für sich in Anspruch, die absolute Mehrheit der SPD gebrochen zu haben, sie spricht auch beglückt von einer "Ratsmehrheit aus CSU, FDP und NPD".

Allein schon dieser Artikel zeigt, in welcher braune Gesellschaft sich Christlichsoziale und Freidemokraten begeben haben. Der Bericht strotzt von einer perfiden Demagogie, die jeden Vergleich mit den hemmungslosen Verdächtigungen der NSDAP gegen Politiker der demokratischen Parteien standhält. Aus der Tatsache, daß der neugewählte zweite Fürther Bürgermeister seine Tätigkeit als Studienrat nicht aufgeben will und deshalb als ehrenamtlicher Bürgermeister gewählt werden mußte, machte das NPD-Blatt eine Einigung der "neuen Ratsmehrheit in Fürth" auf dem Grundsatz, "daß man der Politik dienen, nicht aber an ihr verdienen solle". Mit welchen Methoden die Bundesgenossen von CSU und FDP ihre "Kommunalpolitik" betreiben, mag noch darin deutlich werden, daß das NPD-Organ schrieb: "Im rheinischen Köln fährt der SPD-Oberbürgermeister Burauch sogar einen schneeweißen Mercedes 250... ganz wie die Nitribitt und die Natura."

Man darf nun gespannt sein, wie die Parteizentralen von CSU und FDP, vielleicht aber auch die CDU, auf diese alarmierenden Vorgänge reagieren, die nicht nur lokale Aspekte aufweisen, wenn man an das Verhalten des ehemaligen rheinland-pfälzischen Finanzministers und FDP-Landesvorsitzenden Glahn denkt, der sich mit der NPD vor den Bundestagswahlen in kompromittierende Gespräche eingelassen hatte. - Noch kann man den Parteizentralen in München und Bonn keine Vorwürfe machen, aber bedenklich stimmt es bereits, daß die FDP es auf ihrem Bundesparteitag in Nürnberg versäumte, sich klipp und klar von jenen FDP-Leuten zu distanzieren, die sich von der NPD mißbrauchen lassen und damit langfristig die FDP entscheidend schädigen. Hier hätte Thomas Dehler die Chance gehabt, sich verdient zu machen, wenn er ein klärendes Wort gesprochen hätte. Diese Chance ist vertan und die reale Möglichkeit in Sicht, daß Kulmbach, Fürth und Landshut keine Einzelfälle, sondern bedrohliche und bedenkliche Wegmarkierungen werden. Markierungen an einem Weg, der nur ins Unglück führen kann.

Gleichwertig und kontrollierbar

Schwedische Vorstellungen über die Abrüstung im Atomzeitalter

sp - Der polnische Außenminister Rapacki hat in Stockholm das Projekt einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wieder ins Gespräch gebracht. Dazu liegen noch die Varianten der schwedischen Regierung selbst, des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen und der Regierung in Moskau vor. Diese Dinge haben im Hinblick auf den Besuch von Bundeskanzler Erhard Anfang September in Stockholm und Oslo besondere Bedeutung.

Die schwedische Regierung hat, quasi im Namen aller Staaten Skandinaviens, ihren Standpunkt über die Abrüstung in Europa und in der Welt in einem Memorandum als Antwort auf die Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März niedergelegt. Es geht den Schweden einmal generell darum, Kernwaffen-Experimente und die Produktion spaltbaren Materials für Rüstungszwecke in der ganzen Welt zu verbieten, ferner in Europa eine umfassende atomwaffenfreie Zone zu schaffen, was mit einer weiteren Verbreitung nuklearer Waffen zu verbinden ist. Als Realpolitiker gehen die Schweden dabei davon aus, auch einen Gleichstand der konventionell gerüsteten Armeen zu erreichen, was vor allem auf die Sowjetunion zielt. Den skandinavischen Regierungen wäre es am liebsten, wenn ein Vertrag über die atomwaffenfreie Zone Europas - bei Gleichstand der konventionell gerüsteten Armeen - die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als Garantiemächte hätte.

Dabei spielt natürlich auch die Kontrolle der unterirdischen Atomwaffenversuche eine Rolle. Wenn man sich darauf einigt, A-Versuche zu unterlassen, muß es überprüfbar sein. Die Neutralen haben auf der Abrüstungskonferenz sehr darauf gedrängt, aber Moskau hat jegliche Kontrolle seines Territoriums durch dort installierte Meßgeräte, darüberhinwegfliegende Satelliten oder durchreisende Kontrollbeamte abgelehnt.

Jetzt wird man in Stockholm eine neue Variante ins Spiel bringen. Es geht um eine internationale Organisation sämtlicher seismografischer Institute in der Welt. Möglicherweise können diese als eine Gliederorganisation der Vereinten Nationen ins Leben gerufen werden. Die Seismografen-Organisation müßte eine eigene Spitze erhalten und ein Nachrichtennetz, das mit einem besonderen Übermittlungskode alle wissenschaftlichen Daten über seismografische Vorgänge in der Welt an ihre Spitze meldet.

Es ist heute durchaus möglich, daß beispielsweise seismografische Institute in Finnland, der Türkei, Indien oder Südkorea sofort feststellen, wenn in der Sowjetunion etwa unter der Erde taktische Atomwaffen auf Plutonium-Basis erprobt werden. Das gleiche gilt analog für die Vereinigten Staaten oder Rotchina. Nur müssen alle seismografischen Institute durch ein Nachrichtennetz miteinander verbunden sein, ein besonderes Kode- und Auswertungssystem besitzen und vor allem eine neutrale Führungsspitze haben, die vom Einfluß der Atom-Großmächte frei ist.

Keine Politisierung der Geburtenkontrolle

UNO-Weltgesundheitsorganisation verzichtet auf "internationale Richtlinien"

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die UNO-Weltgesundheitsorganisation (OMS) hat es in ihrer kürzlichen Jahreskonferenz in Genf mit großer Mehrheit abgelehnt, die Geburtenkontrolle zu einer universalpolitischen Angelegenheit zu erheben. Eine Reihe von Staaten - darunter die höchstentwickelten, wie die USA und die Skandinavier, und solche mit akuten Bevölkerungsschwierigkeiten, wie Indien und Ägypten - hatten einen Resolutionsentwurf eingebracht, laut dem die OMS eine weltweite Familienplanungs-Operation mit Einbeziehung des UNO-Kinderhilfswerks (UNICEF) unternehmen sollte. Speziell ausgebildetes Personal der OMS sollte allen Staaten, die den Wunsch äußern, zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollte die OMS die Frage studieren, wie die Familienplanungsdienste in die allgemeine Gesundheitsplanung integriert werden könnten.

Technisch ist die Geburtenregelung kein Problem mehr. Die OMS hat in der letzten Zeit einige stark beachtete Berichte über die Wirkungen der modernen Schwangerschaftsverhütungsmittel ausgearbeitet, aus denen hervorgeht, daß es heute mehrere unschädliche Verhütungsmittel gibt, die millionenfach angewendet werden. Daneben beschäftigen sich mehrere Arbeitsgruppen der Weltgesundheitsorganisation und einige beauftragte Laboratorien mit der reinen Forschung auf dem Gebiet der menschlichen Fortpflanzung.

Bevölkerungszuwachs und Wirtschaftsplanung

Die Autoren der Resolution argumentieren, daß eine erfolgreiche Wirtschaftsplanung eng mit dem Ausmaß des Bevölkerungszuwachses verbunden ist. Die Familienplanung müsse ein integraler Bestandteil der Gesundheitsprogramme werden und die OMS solle die Führung auf diesem Gebiet übernehmen. Eine solche positive Politik könne am besten durchgeführt werden, indem die allgemeinen Gesundheitsdienste das notwendige Wissen, Ratschläge und die praktische Hilfe in Sachen Geburtenkontrolle vermitteln. Um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sicherzustellen, sei es besonders in den Entwicklungsländern äußerst notwendig, das Bevölkerungswachstum einzudämmen. Die Bevölkerung Indiens beispielsweise nimmt jedes Jahr um zwölf Millionen zu. Der jährliche Geburtenüberschuß betrug zwischen 1960 und 1965 2,3 Prozent. Dazu kommt, daß früher alljährlich in Indien 2,5 Millionen Menschen an Malaria starben, während jetzt diese stark zurückgedrängte Seuche kaum mehr zu Todesfällen führt. Dasselbe gilt für die Pocken; gleichzeitig ging die Müttersterblichkeit auf ein Zehntel der ursprünglichen Rate zurück.

Mehrere asiatische und arabische Staaten haben zu einer nationalen Politik der Geburtenkontrolle gegriffen. Es erscheint also auf den ersten Blick logisch, daß sich die Weltgesundheitsorganisation tatkräftig in diese Bemühungen einschaltet.

Die Gegenargumente

Dennoch wurde der Resolutionsentwurf abgelehnt. Religiös-moralische Betrachtungen spielten bei dieser Entscheidung kaum eine Rolle. Das Recht des Einzelnen, selbst darüber zu entscheiden, wieviele Kinder er haben will und sich in diesem Sinne die medizinischen Erkenntnisse zunutze zu machen, wurde von niemandem mehr angefochten. Von hoher Brisanz erwies sich aber die Frage, ob die Geburtenkontrolle zu einer nationalen und durch die Einbeziehung der UNO-Organisationen zu einer internationalen Politik erhoben werden soll.

Der Generaldirektor der OMS, Dr. Candau, nahm gegen eine Politisierung der Familienplanung und gegen eine Einbeziehung seiner Organisation Stellung. "Vor einem Jahr startete in der Welt eine Bewegung zur Umkehrung der Prioritäten", erklärte Dr. Candau. "Bisher hatte die wirtschaftliche Entwicklung den Vorrang. Nun werden Stimmen laut, daß einige Dollars für die Geburtenkontrolle bessere Zinsen tragen als hunderte Dollars für die Entwicklung der Wirtschaft."

Der Vertreter Mexikos trug an Beispiel seines Landes vor, wie die Probleme des Bevölkerungszuwachses überwunden werden sollten. Mexiko hat eine der höchsten Bevölkerungszuwachsraten der Welt, nämlich 3,2 Prozent jährlich, vermag aber diesen Umstand durch eine Steigerung des Nationaleinkommens um 6 Prozent pro Jahr auszugleichen. Das beste Mittel zur Beschränkung der Bevölkerung sei die Volksebildung, und das beste Programm zur Harmonisierung des Bevölkerungszuwachses mit der wirtschaftlichen Entwicklung wäre ein Programm der sozialen Gerechtigkeit. Bei der Politisierung der Geburtenkontrolle könne der Hintergedanke mitspielen, eine biologische Bedrohung der Privilegierten durch die "Habenichtse" abzuwenden.

Der chilenische Delegierte warnte, daß auf lange Sicht jede Änderung im Bevölkerungswachstum eine Änderung der Bevölkerungszusammensetzung zur Folge habe - mit anderen Worten eine prozentuelle Zunahme der älteren Jahrgänge -, was wiederum ernste Rückwirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben eines Landes mit sich bringe. Die afrikanischen Delegationen widersetzten sich ebenfalls der Resolution und machten geltend, daß in ihren Ländern das Problem gerade umgekehrt liege: Es gibt zu wenig Menschen, um die Reichtümer auszunutzen. Der sowjetische Vertreter gab zu, daß es nötig sei, für jedes Prozent Bevölkerungszuwachs das Nationaleinkommen um drei bis vier Prozent zu steigern, um eine zufriedenstellende wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Als Mittel zum Ausgleich der Bevölkerungsdynamik empfahl er die verstärkte Teilnahme der Frau am Produktionsprozeß. Dadurch würden die Frauen später heiraten und ihr erstes Kind in einem etwas späteren Lebensabschnitt zur Welt bringen; gleichzeitig würde sich der Lebensstandard der Familien erhöhen. Im übrigen hätten die Berechnungen sowjetischer Spezialisten ergeben, daß sich die Erdbevölkerung um die Jahrhundertwende eher zwischen 4,5 und 5 Milliarden bewegen wird und nicht um die 7 Milliarden, wie vielfach behauptet wird.

Diese Ansichten konkretisierten sich in einem anderen Resolutionsentwurf, eingebracht von Argentinien, Belgien, Brasilien, Mexiko und Österreich, welcher der OMS die reine Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Schwangerschaftsverhütung zuweist. Die Resolution wurde mit 64 Stimmen - darunter diejenige der Bundesrepublik - gegen 19, bei 13 Stimmenthaltungen, angenommen.